

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 240-2017
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.648

Eingereicht am: 30.10.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Seiler (Trubschachen, Grüne) (Sprecher/in)
Leuenberger (Trubschachen, BDP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.11.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Mehr Eigenverantwortung: Stärkung der Akzeptanz für ausländische Fahrende

Der Regierungsrat wird beauftragt sicherzustellen, dass Transitplätze für ausländische Fahrende nicht vom Kanton Bern erstellt und finanziert werden. Er schafft die nötigen rechtlichen und raumplanerischen Grundlagen, damit bei Bedarf die Transitplätze von den Fahrenden selbst oder von Dritten erstellt, finanziert, betrieben und unterhalten werden können.

Begründung:

Die Diskussionen über ausländische Fahrende haben in den letzten Monaten grosse Wellen geworfen. Dabei ist für eine breite Bevölkerung nur schwer nachvollziehbar, dass die Transitplätze für ausländische Fahrende durch die öffentliche Hand bezahlt, unterhalten und betrieben werden. Mehr Eigenverantwortung bei der Betreibung der Transitplätze würde gemäss Ansicht der Motionäre auch zu einer gesteigerten Akzeptanz der Fahrenden in der breiten Bevölkerung führen.

Begründung der Dringlichkeit: Die Diskussionen über die ausländischen Fahrenden und deren Transitplätze sind mitten im Gang. Es bedarf daher dringend einer Kurskorrektur.

Verteiler

- Grosser Rat